

SPD

Sozialdemokratischer PRESSEDIENST

Verlag und Redaktion:
Hannover, Georgstr. 33

und/II/79

Hannover, 30. September 1947

Zwischen Deutschland und Amerika

Von Friedrich Stampfer

Frankfurt a.M., 30.9.1947

Drei Monate Deutschland nach sieben Jahren Amerika haben mir gezeigt, wie schwer es für die Völker ist, einander zu verstehen.

Die Amerikaner lesen in ihren Zeitungen von der Not in Deutschland. Dennoch werden sie sich von ihr kaum eine richtige Vorstellung machen können. Das kann nur, wer sie erlebt hat. Da versagt die Kunst des Reporters - nur ein großer Geschichtsschreiber der Zukunft wird offenbaren können, was diese seit dem 30jährigen Kriege schwerste Nachkriegszeit Deutschlands an Niederdrückendem, aber auch an Erhebendem in sich einschloß. Nur er wird schildern können, wie ein hartgewaltiger Lebenswille den Kampf gegen die Mächte der Vernichtung aufgenommen und - wer zweifelt daran? - schließlich gewonnen hat.

Diese Überzeugung nehme ich als Ergebnis meiner Reise mit: Deutschland stirbt nicht!

Die Welt braucht Europa. Europa braucht Deutschland. Das deutsche Volk ist der Welt viel schuldig und hat ihr viel zu geben. Wer hilft, ein von der Vernichtung bedrohtes Kulturvolk, wie das deutsche, am Leben zu erhalten, hilft damit nicht dieses Volk allein, sondern der ganzen Menschheit.

Ich habe den Lebenswille des deutschen Volkes auf allen Gebieten kennengelernt: an Männern, die Straßen ausbessern, Häuser bauen, Felder bestellen und in den Fabriken arbeiten, an Frauen, die im Beruf wie im Haushalt für ihre Familien Übermenschliches leisten. Es schien mir, als ob alles, was das deutsche Volk der Außenwelt hasserwert machte, verschwunden wäre; nur die guten Eigenschaften, die man einst an ihm geschätzt hatte, traten noch in den Vordergrund.

Für den, der dauernd in diesem Lande lebt, mögen die Dinge manchmal anders aussehen, und für jeden mag die Stunde kommen, in der ihn die Verzweiflung packt und er alle Anstrengungen sinnlos findet. So verständlich solche Stimmungen sind, sie müssen überwunden werden und der Tüchtige wird sie überwinden.

Auf politischem Gebiet findet der Lebenswille des deutschen Volkes in der Arbeit der Sozialdemokratischen Partei seinen klarsten und stärksten Ausdruck. So wie die Welt Europa braucht und Europa Deutschland, so braucht Deutschland die Sozialdemokratische Partei. Sie ist die einzige, die, ausgehend von der Weltanschauung unseres klassischen Zeitalters, den Grundsätzen der Humanität, einen festen Plan zur Wiederaufrichtung einer zusammengebrochenen Welt entwerfen und ausführen kann. Dienst an der Sozialdemokratie ist Dienst an der Nation und an der ganzen Menschheit.

Dies alles den Amerikanern verständlich zu machen, ist nicht leicht. Weder von der deutschen Not, noch von den deutschen Lebensnotwendigkeiten haben sie die richtige Vorstellung. Demokratie und Sozialismus gelten den meisten von ihnen als unvereinbare Gegensätze, und daß politische Parteien mehr sein können als smarte Geschäftsunternehmungen, will nur wenigen in den Sinn. Noch neigt man dazu, in jeder Deutschen einen verkappten Nazi zu vermuten, ist die unheilvolle Kriegslehre von der Kollektivschuld ganzer Völker nicht völlig überwunden.

Wenn es dennoch gelungen ist, in den Wall der Vorurteile breite Breschen zu schlagen, wenn sich drüben schon wieder Verständnis für die Lage eines zu Boden geworfenen Feindes und Hilfsbereitschaft für ihn zeigt, so soll man die Bedeutung des Fortschritts, der in solcher Wandlung liegt, nicht verkennen. Noch geschieht manches, was nicht zu rechtfertigen ist, unterbleibt anderes, was getan werden müßte, bleibt das Maß der Hilfe gegenüber dem der Not weit zurück. Dennoch sind die Vorzeichen ermutigend und kühn wie drüben gilt es, nicht zu verzweifeln, sondern zu arbeiten.

Kampf um Kartoffeln Von Herbert Kriedemann, Hannover

Bereits am 23. Juli dieses Jahres hat der Wirtschaftsrat in Frankfurt dem Direktor der Verwaltung für Ernährung und Landwirtschaft den Auftrag gegeben, alle Maßnahmen für die rechtzeitige und reibung lose Kartoffelversorgung der Bevölkerung zu treffen und ihn zugleich aufgefordert, dem Wirtschaftsrat ein Gesetz vorzulegen, das der Verwaltung die Möglichkeit gibt, die notwendigen Maßnahmen überall durchzusetzen.

Am 5. September hat der Wirtschaftsrat der inzwischen ergangenen Anordnung zugestimmt, durch die den nachgeordneten Stellen klare Anweisungen erteilt wurden. Es konnte damals angenommen werden, daß die Erfassung und Verteilung der deutschen Ernte gesichert sei. Mit diesen Maßnahmen hat der Wirtschaftsrat zum ersten Male und unmittelbar nach seinem Entstehen von dem Recht Gebrauch gemacht, durch zentrale Anweisungen und Gesetze Ordnung in das gegenwärtige Durcheinander zu bringen, indem ein Land gegen das andere, selbst ein Kreis gegen den anderen, Kirchturmspolitik betreiben und nicht sehen will, daß sich die Deutschen nur gemeinsam helfen können.

Inzwischen hat sich die Lage wesentlich verschlechtert. Die Dürre der letzten Monate hat die Ernte außerordentlich verringert, so daß eine gründliche Erfassung und eine gerechte Verteilung umso nötiger wurde. Auf diese Tatsache haben gleichzeitig die verantwortlichen Stellen mit einer Vergrößerung der Anarchie geantwortet, indem sie vielerorts die zentralen Anweisungen einfach ignorierten. Das grauenvolle Bild der abgehetzten, ausgehungerten Männer und Frauen, die unter einem Kartoffelsack fast zusammenbrechen und die überladenen Personenzüge, in denen hunderte von Zentnern Kartoffeln transportiert werden, rollt sich wieder vor unseren Augen ab und in dem allgemeinen Durcheinander triumphieren die Schieber und Schwarzhändler, die in wohlorganisierten Kolonnen mit der Bahn und auf zahllosen Lastwagen ihre Beute wegschleppen - nicht etwa um ihre hungernden Familien zu

schützen, sondern um ihre Beute gegen Schwarzmarktpreise von phantastischer Höhe verkaufen zu können.

Gegenüber dieser Anarchie stehen die Millionen, die nicht in der Lage sind, sich an dieses Geschäft zu beteiligen, weil sie alt, krank, oder zu schwach sind, weil sie kein Geld haben, nichts zu tauschen besitzen und vor allem, weil sie treu ihre Arbeit tun, aus der Erkenntnis nämlich, daß nur Arbeit die Wirtschaft wieder in normalen Gang bringen kann. Sie alle sind jetzt in Gefahr, den letzten Glauben und alle Hoffnung zu verlieren und in dem großen Strudel mit unterzugehen.

In dieser Situation hat der Wirtschaftsrat am 29. September ein weiteres Gesetz beschlossen, in dem noch einmal eindeutig ausgesprochen wird, daß alle Kartoffeln beschlagnahmt sind, um sie gerecht zu verteilen. Dem Erzeuger verbleiben nur die Saatkartoffeln, die Mengen, die seiner Selbstversorger-Ration entsprechen und die Kartoffeln, die für die menschliche Ernährung ungeeignet sind und deshalb verfüttert werden müssen. Der Direktor der Verwaltung für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten hat das Recht, den Ländern Ablieferungsverpflichtungen zu erteilen, für deren tatsächliche Ablieferungen an die Zuschußgebiete, in erster Linie also an das Industrieviertel und an die Großstädte, die Länder verantwortlich sind. Um den Egoismus einzelner Länder Herr zu werden, gibt das Gesetz dem Direktor das Recht, den Ländern, die ihren Verpflichtungen nicht nachkommen und die dadurch Ruhe und Ordnung und sogar den Bestand des deutschen Volkes gefährden, die Lebensmittel vorzuenthalten, auf die sie aus den Exporten angewiesen sind. Wenn also ein Land mehr Kartoffeln für sich beansprucht als ihm im Rahmen der bilateralen Möglichkeiten zusteht, wird es kein Brotgetreide erhalten, weil diese Getreidemengen dann dort hingehen müssen, wo die Menschen hungern - weil das betreffende Land seine Kartoffeln lieber selber essen wollte. Angesichts der Not und der durch sie heraufbeschworenen Gefahr haben alle Parteien bis auf eine sich zu diesem Gesetz bekannt und der Sprecher der KP, der als einziger gegen das Gesetz gestimmt hat, wird für seine Haltung gerade in den Hungergebieten kein Verständnis finden. Nachdem von den Berichterstattern - zufällig zwei Sozialdemokraten - die Notwendigkeiten eindrucksvoll begründet worden waren, hat er erklärt, daß er es für falsch halte, den Bauern alles wegzunehmen, um es gerecht zu verteilen. Er hat dabei allerdings übersehen, daß man den Bauern keineswegs alles wegnimmt, sondern ihnen eine Selbstversorger-Ration beläßt, die bekanntlich sehr viel höher ist als die Menge, die den anderen Verbrauchergruppen zur Verfügung gestellt werden soll. Er hat es überhaupt für falsch gehalten, daß die Deutschen den Versuch machen, die Kartoffelverteilung zu organisieren und hat vorgeschlagen, daß man das den Militärregierungen überlassen solle. Er begründet die Haltung ausdrücklich damit, daß man durch solche Maßnahmen die Bauern in Aufregung versetzen würde.

Die Sozialdemokraten haben für diesen Standpunkt kein Verständnis. Sie haben von jeher von den Besatzungsmächten gefordert, daß den deutschen demokratischen Kräften die nötigen Freiheiten gegeben werden, um die innerdeutschen Verhältnisse neu und sozial-gerecht ordnen zu können und sie haben das in der britischen und amerikanischen Zone mit der Schaffung des Wirtschaftsrates in einem gewissen Umfang auch erreicht. Sie denken gar nicht daran, sich bankrott zu erklären und aus Angst vor der Verantwortung die Deutschen freiwillig in die Rolle eines Kolonial-

volkes zu drängen. Sie haben sich vom ersten Tage an gegen alle Tendenzen der Siegermächte, die auf eine solche Kolonialpolitik hinausliefen, gewährt und haben * unabhängig von der Besatzungsmacht - unter Berufung auf ihre demokratische Legitimation um die Selbständigkeit Deutschlands einen zähen Kampf geführt. Und es kann durchaus festgestellt werden, daß überall da, wo die Sozialdemokraten politisch tätig sein können, diesem Kampfe auch bereits Erfolge beschieden sind.

Die Erfahrung der letzten zwei Jahre hat bewiesen, daß die Lebensrechte der Deutschen, die bereit sind, ihr Leben durch produktive Arbeit zu verdienen, nicht nur gegen Eingriffe von außen, sondern auch nach innen verteidigt werden müssen. Auch diesen Kampf scheut die Sozialdemokratie nicht. Sie wird heute wie immer gegen alle die, die Unordnung lieben, weil sie dabei gute Geschäfte machen können und gegen die Partikularisten, die nur ihren Teil sehen und darüber das Ganze vor die Hunde gehen lassen wollen, für die neue staatliche Ordnung eintreten. Sie ist sich dabei der Zustimmung der breiten Massen völlig sicher und scheut deshalb keine Auseinandersetzungen mit den Kräften von außen oder mit dem inneren Feind.

Gegenüber der Korruption des öffentlichen Lebens und dem Verfall der Verwaltung kann nur die Initiative der Bevölkerung helfen, nicht die planlose Selbsthilfe, sondern die beste Handhabung der demokratischen Rechte. Von ihren Vertretern in den Kreis- und Landtagen erwartet die Sozialdemokratie, daß man sich bewußt zu dem Grundsatz bekennt, daß die Lebensfragen der Deutschen in allen Teilen der beiden Zonen nur einheitlich geregelt werden können. Soweit die Militärregierungen dazu bereits Raum gegeben haben, wird der Wirtschaftsrat die nötigen Gesetze erlassen und die Sozialdemokraten im Wirtschaftsrat werden mit aller Kraft dafür sorgen, daß diese neue Einrichtung auch entsprechend funktioniert. Danach kommt es darauf an, daß auch in den Ländern und Kreisen die verantwortungsbewußten Menschen am gleichen Strang ziehen und so beweisen helfen, daß die Deutschen durchaus imstande sind, Ordnung in ihre eigenen Dinge zu bringen. Das ist nicht nur eine unmittelbare Lebensfrage für unser Volk, sondern dieser Beweis gibt ihm erst das Recht und zugleich die moralische Kraft, auch gegenüber allen anderen Völkern seine Lebensrechte vertreten zu können.

Tagung des wirtschaftspolitischen Ausschusses

Der wirtschaftspolitische Ausschuss beim Parteivorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands hält in der Nähe von Frankfurt am 22. und 23. Oktober eine Tagung ab, auf der die Kontrolle der gewerblichen Produktion und ihre Erfassung, die Frage der Kompensationen und Probleme der Planwirtschaft stehen.

(m/B1/309/1/hs)

Was geht im Saargebiet vor?
Zur Landtags-Wahl am 5. Oktober

Januar 1935: Deutschland war Hitlerdeutschland. Wer zu Deutschland wollte, mußte sich Hitler unterordnen. Wer nicht zu Hitler wollte, mußte sich zu Frankreich bekennen. Wer weder das Eine noch das Andere wollte, optierte für den status quo, für die Beibehaltung des bestehenden Zustandes. Eine Welle nationaler Begeisterung spülte alle Hemmungen gegenüber Hitler hinweg. Als Hitler sich persönlich zeigte, jubelten ihm große Massen zu. Das Abstimmungsresultat des Saargebietes war ein überwältigendes Bekenntnis zur deutschen Einheit.

September 1947: Deutschland hungert. Die französisch besetzte Zone Deutschlands hungert. Im Saargebiet gibt es größere Portionen. In Deutschland wird demontiert; Kriegsindustrie und Friedensindustrie, wie es gerade kommt. Im Saargebiet wird nicht demontiert. Deutschland ist überfüllt von Ausgewiesenen. Das Saargebiet bleibt verschont von ihnen; die französische Verwaltung weist unerwünschte Elemente aus. Wer sich für Deutschland, für die Einheit Deutschlands entscheidet, entscheidet sich für die deutsche Einheitsration, die Demontage seines Arbeitsplatzes, die Beschlagnahme seines Wohnraumes, die Inanspruchnahme persönlichen Besitzes durch andere.

Im November 1947 wird sich in London - vielleicht - das Schicksal des Saargebietes entscheiden. Die französische Militärverwaltung wünscht die gleiche Begeisterung der Saarländer in das diplomatische Gefecht zu führen, wie sie sie 1935 für die Einheit Deutschlands zeigten. Über alle Parteien und Gruppierungen des Saargebietes hinweg spannt sie die MRS, die Mouvement pour le rattachement de la Sarre à la France. Es sind nicht ganz uneigennützig Persönlichkeiten, die dahinterstehen. Sie sind aber wohlgelitten. Sie werden gefördert. Sie werden "lanciert". Man redt vom wirtschaftlichen Anschluß an Frankreich. Wertbeständiges Gold, Aufbau statt Demontage, Mattessen und Lockereien, Sieger statt Besiegte, sind die Parolen. Die Saarländer träumen von dem Zustand bis 1934. Die MRS und ihre hintergründigen Kräfte träumen von einer Einverleibung in Frankreich "auf ewig". Die französische Militärregierung beruft einen Verfassungsausschuß des Saargebietes. Diese geheim tagende Verfassungskommission hat 20 Köpfe. Keiner davon gilt als offizieller Vertreter der MRS. Sie vertreten bis auf einen angeblich die Parteien. Vier von ihnen besitzen die französische Staatsangehörigkeit. Sie arbeiten mit Hochdruck. Sie arbeiten zielbewußt. Die Präambel ihres Verfassungsentwurfes lautet nach Indiskretionen:

"Das saarländische Volk ..., durchdrungen von der Überzeugung, dass seine Existenz und seine Entwicklung nur garantiert werden durch die organische Eingliederung der Saar in den wirtschaftlichen Bereich der französischen Republik, vertrauend auf ein internationales Statut, das die verpflichtende Basis bildet, die sein Eigenleben und seine Wiederaufrichtung garantiert, gründet seine Zukunft auf den wirtschaftliche Anschluß und die Währungs- sowie Zollunionen der Saar mit der französischen Republik, was zur Folge hat: die politische Unabhängigkeit der Saar vom deutschen Reich, die Übernahme des militärischen Schutzes des Saargebietes durch die französische Republik und die Ausübung der auswärtigen Beziehun-

gen des Saargebietes durch die französische Republik, die Anwendung der französischen Zoll- und Währungs-gesetze im Saargebiet, die Einsetzung eines Vertreters, der französischen Regierung, der Vollmachten hat, in den wirtschaftlichen Angelegenheiten und ein allgemeines Kontrollrecht ausübt..."

Am 5. Oktober 1947 wählen die Saarländer einen Landtag. Die Saarländer glauben bis zur Stunde in ihrer überwältigenden Mehrheit, einen Landtag schlechthin zu wählen. Dieser Landtag soll aber die Verfassung vorstehenden Geistes annehmen. Er soll sie mit überwältigender Mehrheit annehmen. Fünf volle Jahre soll der Landtag die Gewalt ausüben. Mit zweijährigen Abständen soll danach ein Drittel neu gewählt werden. Fünf, sieben und neun Jahre werden die Landtagsabgeordneten ihre Mandate ausüben.

Man schafft eine MRS-Mehrheit. Die MRS stellt keine Kandidaten auf. Sie erscheint auf allen Kandidatenlisten, sie erscheint an den aussichtsreichsten Stellen der Kandidatenlisten. Man findet Kapitän Hektor beispielsweise auf der Liste der Christlichen Volkspartei, französischer Staatsangehöriger, im August dieses Jahres noch Angehöriger der Militärregierung; den Leiter der Wirtschaftsabteilung der Militärregierung, den ebenfalls naturalisierten Herrn Danzelbrink. Wie dieses möglich ist? Eine kleine Geschichte aus dem Kreise Saarlautern: Der Delegierte der französischen Militärregierung beruft einen Kreisvorsitzenden einer bekannten Partei: "Ist Ihre Kandidatenliste fertig?" "Nicht endgültig". Hierauf der Kreisvorsitzende: "Die Vorschläge der Untergliederungen sind durcharbeiten". Der Kreisdelegierte der französischen Militärregierung legt dringend nahe, einen naturalisierten Franzosen, einen Bürgermeister, auf die Liste zu setzen. Begründung: er sei Mitglied der MRS und der französischen Militärregierung erwünscht...

Dazu ein Dokument eines Kreissekretariats der MRS vom 28.8.1947: Betrifft: Landesratswahl am 5. Oktober 1947. In der Sitzung des Landesaktionsausschusses und der Kreissekretäre der MRS vom 27. 8. 1947 wurden Sie als Vertreter der MRS und Mitglied der SPS dem Herrn Gouverneur Grandval für den Wahlbezirk Neunkirchen als Kandidat der MRS vom Kreis Ottweiler auf die Kandidatenliste der SPS des Wahlbezirks Neunkirchen vorgeschlagen. Wir bitten Sie, die Kandidatur anzunehmen. Mit freundlichen Gruß! Gezeichnet Schneider.

Die Wahlbeteiligung wird unter öffentlicher Kontrolle stehen. Wie immer der Saarländer auch wählen wird, die MRS wird in der Mehrheit bleiben! Fünf bis neun Jahre in der Mehrheit! Es wird keine Überraschungen geben. Die Saarländer werden abstimmen. Das Übrige wird auf erwandfreier Rechtslage hinter teils verschlossenen, teils offenen Türen verhandelt und besprochen werden. Die Marschrichtung ist im vornherein festgelegt...

Arbeit^{et} die Zeit für die Sowjets?

R.B. "Ich habe das Empfinden, daß die Russen jede internationale Aktion hinauszögern, weil sie glauben, daß die Zeit für sie arbeitet", erklärte Frau Roosevelt letzthin. "Sie warten offensichtlich auf eine neue Wirtschaftskrise in den USA, die ein arbeitsloses Proletariat schafft, das dem Kommunismus zugänglich wäre". Die Witwe des Präsidenten drückt hier anscheinend nicht nur die Meinung der Amerikaner aus, sondern auch die Besorgnis der Bevölkerung anderer Länder hinsichtlich der weiteren Entwicklung ihrer eigenen Staatswesen.

In der Tat erscheint die russische Haltung in vielen Fragen der internationalen Politik unberechenbar. Bezeichnend hierfür ist jene Anekdote, nach der Gromyko im Sicherheitsrat lange für einen Antrag plädiert hatte, diesen dann aber nicht zustimmte, und, deshalb von den verblüfften Delegierten gefragt, geantwortet haben soll: "Wir hatten mit der Annahme dieses Antrages nicht gerechnet". In den zahlreichen Konferenzen der letzten zwei Jahre drängte sich dem Beobachter die Überzeugung auf, daß es die Sowjets oft genug verstanden haben, Entscheidungen von Bedeutung zu verhindern und damit eine Befriedung der Welt nicht zur Wirklichkeit werden zu lassen.

Es ist anzunehmen, daß hinter dieser Art, Politik zu machen, eine fest umrissene Idee steht und es klingt glaubhaft, daß die Russen mit zukünftigen Wirtschaftskrisen und daraus resultierenden Neigungen der Menschheit zum Kommunismus rechnen. Sollte dies der Fall sein, so wären die Sowjets selbst die prominentesten Vertreter jener Meinung, die Hugo Stinnes bereits der entente cordiale gegenüber ausgesprochen hat, die darin gipfelte, daß das Elend den Kommunismus gebäre.

Seit jener Zeit hat sich vieles geändert und in manchen Teilen der Welt ist man jetzt geneigt, in Umkehrung dieses Ausspruches zu sagen, daß der Kommunismus das Elend gebäre. Sehr oft hört man aus den Gesprächen und Diskussionen die Schlussfolgerung heraus, die Alliierten müßten Deutschland helfen, da es andernfalls den Kommunismus unterliegen würde. Bei solchen Aussprüchen schließen die Betroffenen sich selbst, nicht aber ihregleichen aus, welche im allgemeinen dieselbe geringe Neigung zum Kommunismus verspüren.

Bei der Beantwortung der Frage, ob die Zeit für die Sowjets arbeite, darf man erst einmal die Feststellung treffen, daß es kein Land auf dieser Erde gibt, in dem der Kommunismus ohne Zwang und durch eine klare demokratisch-parlamentarische Entscheidung zur Macht gekommen ist. Es gibt keine sozialistische Sowjetrepublik und auch keine kommunistische Regierung, die nicht mit Hilfe sowjetischer Kanonen entstanden wäre, obwohl der Kommunismus bereits 30 Jahre vorgelebt wird. Bisher hat die Zeit nur insofern für die UdSSR gearbeitet als sie durch die uralte Form der militärischen Eroberung, nicht aber durch die Überzeugungskraft ihrer Ideen oder den guten Ergebnissen ihrer Regierung auf einige Länder Einfluß gewann.

Trotz hermetischer Abschließung gehört es heute zum allgemeinen Wissen Europas und Amerikas, daß Kommunismus Verzicht auf einen normalen Lebensstandard und auf die üblichen Menschenrechte bedeutet. Das Wort Kommunismus erweckt eine Kette von Gedankenassoziationen, zu denen Begriffe wie Befehl, Gemeinschaftslager, GPU, einfachste

Lebensführung und Mangel an Hilfsmitteln der Zivilisation gehören. Große Teile der Bevölkerung Europas leben heute bei aller jener Segnungen des modernen Lebens - sie sehen aber trotzdem keine Veranlassung, sich eine Regierung zu wählen, die Armut sozusagen zum Prinzip erhebt.

Deutschland hat zum Beispiel zwei Jahre des Leidens und des Hungers hinter sich - die Zahl seiner überzeugten Kommunisten ist noch immer gering, obwohl hier der Nazismus 12 Jahre wirken konnte. Beide Staatsformen haben in der Praxis viel gemeinsames und in allen Zonen hat es den Deutschen vollkommen freigestanden, in mehreren Wahlen die kommunistische Partei zu wählen.

Von dem Kommunismus, wie er sich uns heute darstellt, geht der Geruch der organisierten Armseligkeit aus und die Sowjetunion ist nun einmal die staatliche Verkörperung des Kommunismus. Dies allein erklärt zur Genüge, weshalb Idee und staatliche Form des Kommunismus von der ganz überwiegenden Mehrheit der Menschheit, soweit sie sich frei entscheiden kann, abgelehnt wird. Daneben ist es die Ideologie des Zwanges, die abschreckend wirkt und wieder ist es die Sowjetunion, die auch diesen Prinzip Gestalt gegeben hat. Das Freiheitsstreben ist heute im Menschen vielleicht stärker als es jemals war.

So spricht nichts dafür, daß mit der Zeit so etwas wie eine Sehnsucht nach der Knechtschaft entstehen könnte. Die Sowjetunion selbst hat dafür gesorgt, daß ihre Hoffnungen nicht in Erfüllung gehen werden und daß die Zeit kaum eine Hilfe ihrer Absichten sein wird.

"Ich seh nie ein solch düsteres Bild"

Der bekannte englische Labour-Abgeordnete Stokes schildert in einem Brief an den "Manchester Guardian" seine Eindrücke von der Ankunft einer Gruppe deutscher Kriegsgefangener aus der Sowjetunion. "Eine ausgezehrtete, ausgehungertete, zerlumpte Menschenmenge habe ich", so schreibt Stokes, "nie gesehen, so gut wie keiner hatte richtige Schuhe, einige waren barfuß, einige trugen Pantoffeln oder hatten Lumpen um ihre Füße gewickelt. Was mich in Erstaunen versetzt, ist die Tatsache, daß wir wegen des Zustandes, in dem sich diese Männer befinden, nicht protestieren. Wenn wir nur einen einzigen Mann in einem solchen Zustand, wie sie im Durchschnitt in unserer Zone eintreffen, in die russische Zone zurücksenden würden, so wäre dies sicherlich auf der ersten Seite der "Pravda" zu lesen. 25 Prozent aller bisher zurückgekehrten leiden schwer an Hungerödemen, zwei Drittel der übrigen tragen deutliche Merkmale langer Unterernährung und Überarbeitung, und nur 5 Prozent waren imstande, eine Tagesarbeit zu verrichten. Ich habe nie ein solch düsteres Bild gesehen und dabei war es an einem hellen, sonnigen Morgen. Wie wird es erst sein, wenn der Winter kommt? Kann wirklich nichts unternommen werden, um die Russen zur Beobachtung der Menschlichkeiten zu veranlassen? Bei ihnen sind noch 750 000 Kriegsgefangene, die zurückgeschickt werden sollen - sollen sie alle so zurückkommen?"

(b/B65:309/1/ha)